

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Heilige Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierjährlich 20 M. ohne Zeugnisse. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Gemüter: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postcheck-Konto: Dresden 12545.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die lebendige Polizei 50 Pf., außerhalb der Hauptstadt 75 Pf., im amtlichen Zahl (aus von Behörden) die Seite 200 Pf. — Gegenstand und Reklame 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Gehne. — Druck und Verlag: Carl Gehne in Dippoldiswalde.

Nr. 99

Freitag den 29. April 1921

87. Jahrgang

Butter-Zuteilung.

Für die laufende Woche beträgt die auf den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung entfallende Zuteilung 50 g Butter.

Der Preis beträgt für 50 g Butter 1,90 M.

BR IV. Kommunalverband Dippoldiswalde, am 27. 4. 1921.

1. Im Grundbuche ist auf den, die verliehenen Bergbaurechte der **Montania**, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Bremen betreffenden Blättern und zwar:
a) **Silberberg I** in der Flur Sadisdorf, Blatt 122 für Sadisdorf, und
b) **Silberberg II** in den Fluren Naundorf und Obercarsdorf, Blatt 101 für Naundorf, und
c) **Kupferberg** in denselben Fluren, Bl. 94 des Grundbuchs für Obercarsdorf, eingetragen worden, zu a, b am 12. April 1921: daß das Bergbaurecht durch Entscheidung

des Bergamtes vom 18. November 1920 entzogen und die Entscheidung rechtskräftig geworden ist; zu c: am 16. April 1921, daß das Bergbaurecht am 23. März 1921 von dem Berechtigten aufgegeben worden ist.

Gemäß § 393 bez. 391 des S. Allgem. Berggesetzes vom 31. August 1910 wird dies öffentlich bekannt gemacht mit dem Hinweise, daß

diesen drei Monaten

nach dieser Bekanntmachung die Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldgläubiger sowie jeder, der auf Grund eines vollstreckbaren Titels die Zwangsvollstreckung in das Vermögen des Bergbauberechtigten herbeizuführen in der Lage ist, die Zwangsversteigerung des Bergbaureschtes beantragen können.

Wird innerhalb der Frist die Zwangsversteigerung nicht beantragt oder führt die Versteigerung mangels eines wirtschaftlichen Gebots nicht zum Zuschlag, so erlischt das Bergbaurecht. Dippoldiswalde, den 23. April 1921.

Das Amtsgericht, Grundbuchamt.

Örtliches und Südjäisches.

Dippoldiswalde. Wie nunmehr festgestellt, ist in der vor einigen Tagen aus der Elbe gezogenen Reihe, die des hiesigen Fuhrwerksbesitzers M. Klaus ermittelt worden.

— Wiedereinführung des Feuerwehr-Ehrenzeichens. In den Kreisen der Feuerwehrleute hat man es sehr bedauert, daß infolge der Staatsumwälzung auch die Feuerwehr-Ehrenzeichen für langjährige treue Dienste bei der Feuerwehr in Wegfall gekommen sind. Der Landesverband sächsischer freiwilliger Feuerwehren, unterföhrt u. a. von der Berufsfeuerwehr Dresden und vom Rate zu Chemnitz, hat deshalb der sächsischen Regierung den Antrag unterbreitet, dieses Ehrenzeichen wieder einzuführen. Eine Entschließung der Regierung liegt zwar noch nicht vor, doch ist diese, wie man von zuständiger Stelle erfährt, baldigst bestimmt zu erwarten. Die Regierung würde mit ihrer Zusage nur dem Beispiel der süddeutschen Staaten (Bayern, Württemberg, Baden) und Thüringens folgen, die das Feuerwehr-Ehrenzeichen bereits wieder eingeführt haben.

— Eine Neuregelung der Sonntagsruhe-Bestimmungen bereitet das Reichsarbeitsministerium vor, um die vielfach in Deutschland nicht übereinstimmenden Bestimmungen über Sonntagsruhe in Einklang zu bringen. Die Angestelltenverbände arbeiten auf völlige Sonntagsruhe in allen offenen Geschäften hin. Die Tendenz der Vorlage des Ministeriums geht dahin, über die bisher geltenden Vorschriften nicht hinauszugehen und weitere Ausnahmen nicht mehr zu gestatten, auch nicht für das plattdeutsche Land. Im allgemeinen steht man auf dem Standpunkt, keine allgemeine Sonntagsruhe einzuführen, die Erlaubnis zum Handel an Sonntagen aber nur noch Bäckereien und Milchgeschäfte zu gestatten und auch die übrigen Lebensmittelgeschäfte, Zigarettengeschäfte und Bars, einer völligen Sonntagsruhe zu unterwerfen. Gegen den unlauteren Straßenhandel an Sonntagen soll verschärft vorgegangen werden.

Altenberg. Am Sonntag den 8. Mai 1921, vormittags 10 Uhr 30, findet in der Aula der heiligen Höheren Lehranstalt die Weihe der zu Ehren der 82 gefallenen Ehemaligen dort errichteten Gedenktafel statt. Hierzu werden sich die Vorstandsmitglieder und einige Vertreter der Altenberger Landsmannschaft mit ihren Angehörigen aus den Ortsgruppen Chemnitz, Dresden, Dippoldiswalde, Plauen i. V. und Zwickau sowie der Bezirksgruppe Oberlausitz und einige Eltern der Gefallenen einfinden. Die Feier ist nur eine interne Veranstaltung zwischen Schule und Altenberger Landsmannschaft und befrüntigt sich auf den genannten Festaktus. Die Altenberger Landsmannschaft hält anschließend an die Feier im Posthotel ihre geschäftliche Jahreshauptversammlung ab.

Frauenstein. Es ist geplant, in absehbarer Zeit das Quintett vom Leipziger Gewandhausorchester nach hier einzuladen, sofern durch bindende Zeichnungen eine Gewähr in Bezug auf die Deckung der Unkosten geboten wird. Falls 300 Personen zusammenkommen, die das im „Löwen“ geplante Stuhlkonzert besuchen, könnte das Eintrittsgeld einschließlich der Saalsteuer auf 4 M. bez. 3 M. erniedrigt werden. Ein seltener Kunstgenuss stände uns dann bevor. Das Quintett besteht aus Flöte, Oboe, Klarinette, Fagott und Waldhorn.

Wildau. Verhaftet und dem Amtsgerichtsgefängnis zugeführt wurden zwei junge Leute von hier, die dringend verdächtig sind, am 4. März Herrn Kaufmann Glathe überfallen und beraubt zu haben.

Dresden. In fast fünfstündiger Sitzung erledigte der Landtag am Mittwoch eine Reihe von Anträgen, deren Wortlaut wir schon zum größten Teil mitgeteilt haben. — Eine sehr ausgedehnte Aussprache knüpfte sich an eine Anfrage, die Ausbildung der Polizeibeamten in Geschichte und Staatsbürgerkunde betreffend, wobei der Regierung von Bürgerlicher Seite nachgewiesen wurde, daß sie aus der

Landespolizei eine Schutzeinheit für die Sozialdemokratie machen wollte. Zu sehr lebhaften Auslandserfahrungen kam es über eine Anfrage, die sich mit den Praktiken des Ministers des Innern Lipinski in Auswanderungsfragen befaßte. Minister Lipinski hat in vielen Fällen, in denen Polizeibehörden gegen lästige Ausländer den Ausweisungsbefehl erlassen hatten, diese Ausweisungsbefehle wieder aufgehoben, sogar auch in Fällen, wo es sich um Sittlichkeitssverbrecher und um politisch Verdächtige handelte. Im Zusammenhang damit kam auch die Ostjudenfrage zur Erörterung, wobei sich herausstellte, daß die drei Regierungsparteien sich der Ostjuden, die bekanntlich ob ihrer großen Zahl unseren deutschen Volksgenossen Wohnung und Brod wegnehmen, in wärmster Weise annahmen. — Nächste Sitzung Mittwoch den 4. Mai 1921, mittags 1 Uhr. — Tagesordnung: Kurze Anfragen, Abstimmung über Ministrergesetz.

Freiberg. An der Bergakademie ist ein Lektorat für Gabelsbergerische Stenographie errichtet und dem Direktor des Stenographischen Landesamtes, Dr. Fuchs, übertragen worden. Dieser wird Übungen in der Anwendung der Gabelsbergerischen Stenographie abhalten.

Laura. Von unglaublicher Geschäftigkeit zeugt eine Grabschändung auf dem hiesigen Friedhof. Frevelhändende haben von einem Grabmal, das den segnenden Christus darstellt, ein Stück des Kopfes und der Hand losgeschlagen. Da das Kunstwerk aus Postauer Sandstein hergestellt ist, kann die Tat nur unter Benutzung eines Meißels ausgeführt worden sein.

Mügeln. Da sich trotz wiederholter amtlicher Bekanntmachungen nur 201 Personen zu dem beabsichtigten freiwilligen Einwohnerdienst in der Stadt Mügeln gemeldet haben, mußte der Stadtgemeinderat, so sehr er dies auch bedauert, die Angelegenheit auf sich berufen lassen. Festgestellt wurde aber ausdrücklich, daß stadtseitig alles getan worden ist, was in dieser Beziehung geschehen konnte.

Stollberg. Der Bezirksausschuß lehnte die Einführung von Viehsteuern aus grundjährlichen Erwiderungen ab.

Glauchau. Ihre 50-Jahr-Feier beging hier die Turnerschaft, wobei der langjährige Vorsitzer, Rentamtmitmann Heinrich, zum Ehrenmitglied ernannt wurde.

Sorga bei Auerbach. Aus dem hiesigen Rittergutsteile wurden 31 Sprengpatronen zu Tage gefördert.

Auerbach i. V. Bei einem Zusammenstoß mit Grenzaufsehern im Walde zwischen Götschberg und der böhmischen Grenze ist der 48 Jahre alte Fabrikfeuermann Paul Eichstein, Vater von zwei Kindern erschossen worden.

Dölschütz i. V. Eine holländische Liebesgabe, etwa 25 Zentner eingesalzen, in Tonnen verpackte vorzügliche Schnittbohnen, wurden vergangene Woche hier kostenlos an einen Abgegeben.

Plauen i. V. Am Montag abend gegen 9 Uhr kam ein hiesiger Fleischermeister mit einem beladenen Fuhrwerk in ziemlich schneller Fahrt die Schillerstraße herab. Als er in die Weißstraße einbiegen wollte, versagte plötzlich das Schleifzeug. Der Lenker des Geschires verlor die Gewalt über dasselbe, und im Eiltempo ging es hinein in das Schaukasten eines Bücherladens. Dabei ging nicht nur das auf 1000 M. geschätzte Schaufenster, sondern auch das Fuhrwerk selbst in Trümmer, während das Pferd nur einige kleine Schnittwunden davontrug. Der Fleischermeister selbst kam mit dem Schrecken davon.

In der Nacht zum Dienstag wurde an einem Grenzbeamten in Schönberg bei Brambach offenbar von Schmugglern ein Mord verübt. Es handelt sich um den etwa 40 Jahre alten Hilfsgrenzaufseher Besemann, früher Feldwebel beim Grenzschutz, der jetzt in Schönberg stationiert war. Soviel bisher in Erfahrung gebracht werden konnte, hat offenbar zwischen dem Beamten und den Tätern ein Kampf stattgefunden. Leider ist der Beamte, der verheiratet und Vater von 5 Kindern ist, dabei einer

Augel zum Opfer gefallen. Der Tod ist durch einen Hals-schuß herbeigeführt worden. Grenzbeamte und Gemeindeschef Schwab in Schönberg benachrichtigten sehr zeitig den im Orte stationierten Gendarmerie-Oberwachtmeister Walter und Sanitätsrat Dr. Sonntag in Brambach sowie die Staatsanwaltschaft in Plauen. Beamte derselben und der Landes-Kriminalbrigade begaben sich nach Schönberg, um im Verein mit den dortigen Behörden den Tatbestand festzustellen. Der ermordete stammt aus Kohlsdorf bei Zwenkau, wo seine Familie noch wohnt. Zur Aufklärung des Tatbestandes ist auch ein Polizeihund hinzugezogen worden.

„Fochismus“.

Das sozialistische Pariser Blatt „Populaire“ hat einen neuen Begriff geprägt und damit der Verbandspolitik der Nachkriegszeit einen sinnfälligen Ausdruck gegeben. „Populaire“ sagt nämlich, die öffentliche Meinung sei den in Aussicht genommenen Zwangsmassnahmen gegen Deutschland ausgesprochen feindlich gelitten und ihr sei der ganze „Fochismus“ widerwärtig. Damit ist ein Wort gefallen, das als Begriff nicht mehr aus der Welt zu schaffen ist. Der französische Militarismus, der alles Vergangene übersteigt, ist der Welt am augenscheinlichsten Beispiel klar geworden.

Wir Deutsche haben dem Namen „Foch“ ja längst besondere Bedeutung beigelegt. Uns ist dieser französische General und Sieger über eine durch Hunger, Überanstrengung und Revolution erstickte Armee nicht der strategische Genius, für den man auf deutscher Seite, gefüllt auf deutsche Siege über französische Feinde so manche Verkrisperung findet. Uns ist Foch, dem man in Frankreich schon unzählige Denkmäler errichtet, der Mann von Compiegne, der unsere Waffenstillstandsunterhändler anberückte und auch späterhin sich nicht in verdächtlichen Gebärden gegenüber dem der Ueberzahl erlegten Feinde nicht genug tun konnte, und Deutschen ist Foch der Mann des ewigen Säbelrassels, der Soldat, der sich nicht an den Friedenszustand gewöhnen kann und sich am liebsten im entwaffneten ohnmächtigen Deutschland immer wieder und läufige Vorfälle holen möchte.

Uns Deutschen ist dieser französische Feldherr längst bekannt als der Mann, der die französischen Staatsmänner auf jede nennenswerte Konferenz begleitete, um immer wieder laut und deutlich darzutun, daß sein großer Säbel locker in der Scheide für den Fall, daß Deutschland neuen Diktaten nicht willfährig genug sein sollte. Wie kennen diesen Übermilitärmännchen von Spa her, wo er sich als den Dolmetscher bezeichnete, den man braucht, um den Willen der Verbundspolitiker den Deutschen klar zu machen, und wie kennen ihn als den Mann, den bei jeder Gelegenheit betont, daß seine Feldzugspläne für das Ruhrgebiet und das übrige Deutschland fit und fertig zur Ausführung bereit liegen. Und wenn das Bild noch abgerundet werden soll, so kennen wir diesen Marschall von Frankreich auch noch als den Mann, für den, gleich dem anderen „Vater des Sieges“, Clemenceau, jenseits des Rheins und auch am Rheine nur „Boches“ wohnen, die eigentlich nicht wert sind, mit der Civilisation beglückt zu werden, die Frankreich, bekanntlich die Mutter der Civilisation, auf den Spuren der Vajonette an den Rhein getragen hat.

Man sieht aus allem: wie Deutsche kennen Herrn Foch und sein System, denn er hat es auf unseres Rücken erprobt, hat immer wieder getan, als seien wir ein Volk, das jeden nationalen Gefühls, und darum bereit zu jedem Fußtritt von Frankreichs Säbeln. Jetzt scheint man auch da draußen in der Welt allmählich und vereinzelt einzusehen, was Europas Friedensbedürfnis an diesem Manne und seinem System des ewigen Säbelrassels hat. Der „Populaire“ ist zwar ein Sozialistenblatt und darum getanzt zur Kritik am Militarismus geneigt, aber für die

26.4.
Brief
226480
1171,10
1519,05
1018,55
139,15
123,65
—
17,22
88,35
24 17
898 40
488 50
312,85
255,92
64,87
482,50

Begründung des Begriffes „Fochismus“ wollen wir ihm doch dankbar sein. Eine schlagendere Bezeichnung für die ganze blindwütige, nur auf Brutalität und Diktat beruhende Verbundspolitik ist doch nicht gefunden worden.

Briand über Hythe.

Vertrauensvotum der Pariser Kammer.

Dienstag gab Ministerpräsident Briand in der französischen Kammer über das Ergebnis der Verhandlungen mit Lloyd George und über die Lage des Reparationsproblems Erklärungen ab.

Er sagte, die Besprechung von Hythe habe ein befriedigendes Resultat gehabt. Man sei sich darüber einig, daß Deutschland seinen Verpflichtungen weder in der Abrüstungsfrage, noch in der Aburteilung der Kriegsverbrecher, noch in der Wiederherstellungsangelegenheit nachgekommen sei. Deutschland könne weder seiner Verpflichtung zur Zahlung der 12 Milliarden nach, noch der Forderung der Nebe-Uhrung von 1 Milliarde Goldmark. In sehr vorsichtigen Wendungen sprach er dann von der Vermittlerrolle Hardings,

der er sein einziges Wort der Anerkennung widmet. Dagegen suchte er Deutschland bei Amerika möglichst schlecht zu machen. Deutschlands Versprechungen dürften niemand Glauben schenken. Zu Amerika habe er das Vertrauen, daß es nichts tun werde, ohne der Genehmigung der Alliierten sicher zu sein. Aus Briands gewundenen Neuverhandlungen gewinnt man aber doch den Eindruck, daß Frankreich auf jeder von Harding vorgeschlagenen Basis unterhandeln will, besonders wenn sie sich den Pariser Bissern nähert.

Über die geplanten Zwangsmassnahmen äußerte sich Briand gleichfalls sehr vorsichtig. Er enthielt sich sorgfältig jeder bestimmten Ausierung. Alle unsere Verpflichtungen, sagte er, sind für den Reichstag gesetzt. Frankreich sei zum Handeln bereit, wenn der Tag der Abrechnung käme, aber er führt hinzu, als getreuer Bundesgenosse werde es keine Schritte tun, ohne sie vorher mit seinen Freunden zu besprechen.

Die deutsche Regierung, führte er zum Schluss aus, stehe unter dem Einfluß der reaktionären Parteien. Es handele sich jetzt darum, ob die Alliierten sich am 30. April befriedigenden, deutschen Vorschlägen gegenüber sehen werden. Hierunter müsse man nicht nur Versprechungen verstehen, sondern Garantien für unsere Sicherheit und unsere Bezahlung. Briand versicherte, die Alliierten würden nicht im geringsten zögern, falls es sich darum handeln würde, Frankreich Mittel in die Hände zu geben, durch die es Bezahlung erlangen könnte. Er verlängte das Vertrauen der Kammer, damit er im Namen Frankreichs laut und fest reden könne.

Die Rede wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen und mit 424 gegen 29 Stimmen, also mit einer Mehrheit, die er bis jetzt noch nicht erreicht hatte, sprach die Kammer dem Ministerpräsidenten das Vertrauen aus.

Die neuen Vorschläge.

Washingtoner Verhandlungen mit den Ententebotschaftern.

Die Note mit den deutschen Vorschlägen ist sofort nach ihrem Eintreffen in Washington von Hughes und Harding sorgfältig geprüft worden. Nach allem, was bis jetzt bekannt geworden ist, scheint man in Washington die neuen Vorschläge als Grundlage, auf der weiter verhandelt werden kann, geeignet zu halten. Anschließend an den sofort einberufenen Kabinettssrat hatte Staatssekretär Hughes noch Dienstag eine Besprechung mit den Botschaftern der alliierten Hauptmächte, in der er sie über den Inhalt der deutschen Note informierte, wobei aber ausdrücklich betont wurde, daß es sich nur um eine informelle Besprechung handele, nicht um eine diplomatische Übermittlung des Vorschlags.

Auf Grund dieser Besprechungen wird dann die amerikanische Regierung die deutsche Note prüfen und Deutschland eventuelle Beanstandungen mitteilen. Sind dann die vorgeschlagenen Änderungen von Deutschland getroffen und hält die amerikanische Regierung die Vorschläge dann für geeignet, dann wird sie dieselben den Alliierten übermitteln. In dieser Form der Übermittlung würde dann schon eine starke Garantie für das Zustandekommen einer Vereinbarung auf dieser Grundlage liegen. Denn Vorschläge, die von Washington direkt geprägt und dann als annehmbar bezeichnet sind, werden die Alliierten wohl kaum zurückweisen können.

Die Haltung der Entente.

Gegenüber der neuen Note ist geteilt. In England steht man der Vermittlung Hardings nicht ausdrücklich gegenüber, und auch die neuen deutschen Vorschläge werden dort, so weit man aus Presseauszügen erschließen kann, als annehmbar bezeichnet. In einer Erklärung von Reuter heißt es sogar: Obwohl keinerlei offizielle Kommunikation über die neuen deutschen Vorschläge vorliegen, glaubt man, daß die Note einen ausgesuchten Eindruck in Regierungskreisen hervorgerufen habe.

In Italien werden die sich eröffnenden Aussichten auf eine amerikanische Vermittlung mit Erleichterung begrüßt. In Italien würde man nichts lieber sehen, als daß Zwangsmassnahmen vermieden würden, die Deutschland ruinieren und dadurch indirekt auch Italien schwer schädigen müssten.

Desgleichen befürwortet Belgien eine diplomatische Vermittlung und wünscht, militärische Operationen möglichst zu vermeiden. Premierminister Jaspary erklärt öffentlich, daß Belgien Frankreich nicht standig zu folgen gedachte. Nur die

Haltung Frankreichs

ist noch unsicher. Begehnend für die Stimmung in Frankreich ist die Kamerarde Briands. Man will dort die Zwangsmassnahmen keineswegs aufgeben, besonders auf keinen Fall auf "Sicherungen" verzichten. Trotzdem hat das Gesetz der Pariser Pressemeute doch mehrfach nachgelassen. Man weiß noch nicht so recht, wie man sich stellen soll. Man merkt

mit dem größten Unwillen, daß die Führung in der Reparationsfrage Frankreich völlig aus der Hand gegliedert ist und daß jetzt alles von der Entscheidung Washingtons abhängt. Man weiß ganz genau, daß man sich dieser Entscheidung nicht entziehen kann. Darüber ist man natürlich ungehoben und noch mehr deswegen, daß man in Amerika die neuen Vorschläge Deutschlands nicht ungünstig aufzunehmen scheint.

Washingtoner Abänderungsvorschläge.

Die "Chicago Tribune" will dies sogar bestimmt wissen, obwohl man sich in Washingtoner Regierungskreisen über den Eindruck der deutschen Note ausschweigt. Washington hat der deutschen Regierung gewisse Veränderungen vorgeschlagen. Die wichtigste ist die, daß der amerikanischen Regierung der für die internationale Anteile vorgeschlagene Betrag von 4 Prozent als zu gering erscheint. Deutschland hat sich bereit erklärt, hierüber zu verhandeln.

„Völlig Unannehmbare.“

Frankreich gegen die deutschen Vorschläge.

Havas verbreitet folgende Meldung: Die zuständigen Kreise erklären die neuen deutschen Ge- genvorschläge, wie sie durch ein Havas-Telegramm bekannt gemacht worden sind, für vollkommen unannehmbare. Das Außenministerium ist amtlich von diesen Vorschlägen noch nicht in Kenntnis gesetzt worden, die keine Unterlage für eine föderative Wiederaufnahme der Unterhandlungen bieten. Die von der Reichsregierung zu Reparationszwecken angegebenen Zahlen sind durchaus ungenügend, da sie um mindestens 100 Milliarden hinter den Summen der Pariser Abmachungen zurückbleiben, die von den Verbundspartnern als Mindestforderung betrachtet werden. (1)

Deutschland will sich wohl verpflichten, innerhalb einer Frist von drei Monaten eine Abschlagszahlung von einer Milliarde Goldmark zu zahlen; es vergibt aber vollständig, daß noch ein Restbetrag von 12 Milliarden Goldmark aussteht auf die am 1. Mai fällige erste Rate von 20 Milliarden Goldmark. Innererlich schlägt Deutschland vor, sich an dem Wiederaufbau der zerstörten Kampfgebiete zu beteiligen und unter gewissen Umständen an Stelle der Verbundspartnern die Schulden derselben den Vereinigten Staaten gegenüber zu bezahlen.

Über alle diese Anerkennungen sind von einer Menge Voraussetzungen abhängig, die ihren Wert ganz bedeutend herabmindern. Deutschland geht so weit, die Aufhebung aller Zwangsmassnahmen zu fordern, also nicht nur der kürzlich verhangenen, sondern sogar auch die Besetzung des linken Rheinufers (?), die doch im Friedensvertrag von Versailles ausdrücklich vorgesehen ist. Zum Ausgleich für diese Vorschläge beansprucht Deutschland, aller seiner übrigen Verpflichtungen für Reparationszwecke los und ledig zu werden. Mit der einen Hand bietet es weniger, als es schuldig ist, um mit der anderen Hand gleichzeitig mehr zu nehmen, als seine zukünftigen Zahlungen ausmachen würden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 27. April 1921.

Die Aussprache über die deutschen Vorschläge.

Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung die Besprechung der Interpellationen der auswärtigen Politik. Als erster Redner erhält das Wort der Abg. Dr. Nicker (D. W.). zu einer gemeinsamen Erklärung der Regierungsparteien.

In dieser heißt es: Schweren Herzens, aber im Grundsatz unserer Verantwortlichkeit sprechen wir unser Einverständnis dazu aus, daß die Regierung den Weg, der sich ihr bot, betreten hat, um die Vermittlung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zu erlangen. Wenn der Präsident diese Aufgabe übernimmt, so eröffnet sich damit die Aussicht, der Welt den Frieden zu geben, nach dem sie ruht, und die freiheitliche Entwicklung Deutschlands in richtigen Bahnen zu führen.

Die Vorschläge, die dem Präsidenten der Vereinigten Staaten mitgeteilt worden sind, muten uns ungemein schwer zu. Aber das deutsche Volk ist gewillt, rücksichtslos das zu leisten, was es überhaupt leisten kann. Schlägt auch dieser Bericht so, so ist vor der Gedächtnis festgestellt, daß Deutschland alles getan hat, was in seinen Kräften stand, um der erschöpften und zerstörten Welt den Frieden zu verschaffen. In diesem Bewußtsein würde das deutsche Volk allem Schwierigkeiten verhängen kann, furchtlos und ungeheuerlich Stand halten.

Abg. Müller-Franken (Soz.), der frühere Reichsanziger und Außenminister, entjagt bei seinen Worten bald einen großen Entzündungssturm der Rechten, als er auf die Vergangenheit zurückgreift, von der Kriegsschuld und Kriegsherrschaft der deutschen Militärs spricht. Er kritisiert dann scharf das Vorgehen der Regierung bei ihrer Note an Harding. Harding habe sich hierbei als flügiger Politiker erwiesen. Aber die deutsche Regierung trage allein die Verantwortung für diesen Schritt, da sie ihn ohne jede Fühlungnahme mit dem Parlament vorgenommen habe. In Fragen, wo es auf Tod oder Leben der Nation geht, dürfe die Regierung nichts tun, ohne sich mit dem Parlament ins Einvernehmen zu setzen.

Redner geht dann auf die Reparationsfrage selbst ein, die nicht durch Frankreich gelöst werden können. Er bespricht besonders die von den Gewerkschaften aufgestellten Wiederaufbaupläne. Er wendet sich dann wieder in scharfer Ausführungen gegen die Rechte, die Orgeln und die Selbstschutzorganisationen und gegen die bürgerliche Regierung und kommt zuletzt auf die Schuld am Kriege zu sprechen, die er den Rechtsparteien zuschreibt.

Abg. Dr. Helfferich (Dnat.) wendet sich gegen den Redner. Solche Reden stärken nur Herrn Briand. Deutschland ist nicht schuld am Kriege, es hat eine friedliebende Regierung gegeben, als die des Kaiserlichen Deutschland. Der Versailler Vertrag ist auf einer Lüge aufgebaut. Um die Katastrophe zu

verhindern, sind wir bereit, Opfer zu bringen, aber nicht Opfer, die das deutsche Volk vernichten und verschlafen. Das Telegramm an Harding ist in Form und Geist zu beanstanden. Das deutsche Angebot geht weit über unsere Leistungsfähigkeit hinaus. Von Schrift zu Schrift werden wir zurück vor der Gewaltdrohung; dabei werden die Franzosen immer unverhohlen, die Sprache Briands immer unerhörter. Frankreichs Politik wird eilig und allein von der Sucht geleitet, an den Rhein zu kommen, es kommt ihm gar nicht in erster Linie auf das Bezahlen an. Über auch Gewalt hat ihre Grenze. Was den 36 Millionen Engländern bei den 4 Millionen Deutschen nicht gelungen ist, gelingt den 40 Millionen Franzosen auch nicht bei den 60 Millionen Deutschen, wenn wir nicht in unserem eigenen Reiche Verlieren haben. Unsere Lage ist ungemeinlich, aber nicht beispiellos. 1807 war es genau so wie jetzt. Über die Weltgeschichte war mit dem Jahre 1807 nicht zu Ende; sie wird auch mit dem Jahre 1921 nicht zu Ende sein.

Abg. Dr. Breithaupt (D. Soz.): Die Reparation ist allerdings unsere moralische Pflicht, weil deutsche Staatsmänner die Friedensmöglichkeiten sabotiert und deutsche Militärs im kapitalistischen Interesse Verstümmelungen in gegnerischen Fabriken vorgenommen haben. Auch er kommt dann auf die Frage der Kriegsschuld des Kaiserlichen Regimes und der Rechten zu sprechen. Er polemisiert gegen die Rechte und kritisiert scharf die Politik des Ministers Simons.

Politische Rundschau.

Berlin, den 28. April 1921.

Der zum Staatssekretär für die besetzten Gebiete ausgewählte Regierungspräsident Brügel aus Köln hat dieses Amt angenommen und wird seinen Amtssitz in Berlin nehmen.

Der Chef der amerikanischen Mission in Berlin, Mr. Dressel, ist Mittwoch aus Paris wieder nach Berlin zurückgekehrt.

In Berlin-Schöneberg begann Mittwoch der Verbundstag des Reichsverteidigungsverbands deutscher Verfassungssoldaten.

■: Verlängerung der Frist zur Einkommenserklärung. Im Steuerausschuß des Reichstages gab Reichsfinanzminister Dr. Wirth die Erklärung ab, daß die Frist zur Übergabe der Steuererklärung, die am 30. April abläuft, bis zum 15. Mai verlängert werden wird.

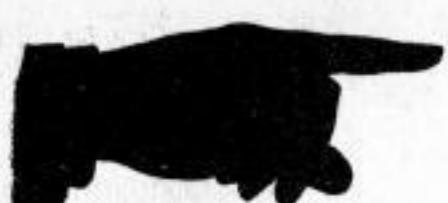
■: Die Endentzweiung des Saargebiets. Die Saarregierung arbeitet bewußt und zielsicher auf die allmäßliche Entzweiung der Bewohner des Saargebiets von Deutschland und ihrer Berovalschung hin. Ein weiterer Schritt auf diesem Wege ist eine Verordnung über den Begriff „Bewohner des Saargebiets“, die sie jetzt vorbereitet. Nach der Verordnung soll künftig als Saarbewohner gelten, wer drei Jahre im Saargebiet wohnt und eine direkte Steuer bezahlt. Personen, die nachweisen, daß sie gezwungen sind, zwecks Erwerb ihres Unterhalts sich im Saargebiet aufzuhalten, z. B. Beamte, gelten schon nach sechs Monaten als Saarbewohner. Alle Saarbewohner ohne Unterschied der Nationalität erhalten Gleichberechtigung. Die Einreise in das Saargebiet ist nur nach Einholung besonderer Erlaubnis der Polizeidirektion Saarbrücken gestattet. Auf Grund dieser Verordnung ist die französische Regierung in der Lage, im Laufe von 15 Jahren eine ungeheure Anzahl französischer Bürger zu Bewohnern des Saargebiets zu machen, indem diese einfach aus „beruflichen Gründen“ ihren Wohnsitz im Saargebiet nehmen und sich nach sechs Monaten die Bürgerrechte des „Saarstaates“ erwerben. Es unterlegt gar keinem Zweifel, daß mit derartigen Mitteln schon heute die nach 15 Jahren stattfindende Volksabstimmung im Saargebiet französisch beeinflusst wird.

■: Scharfes Vorgehen gegen verdächtige Ausländer. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Hörling, geht jetzt energisch gegen die sich in seiner Provinz herumtreibenden verdächtigen Ausländer vor. In Bapitz im Kreis Merseburg werden seit mehr als einem Jahre Ausländer in Hölle und Hölle angekettet, denen die Leipzigser Behörden Obdach verweigern. Diese Leute halten sich nach wie vor in Leipzig auf, mieten sich aber zum Schein bei Quartiergebern in Bapitz ein. Einzelne Einwohner hatten auf diese Weise 10 Ausländer und mehr bei sich wohnen, die sie jedoch fast niemals zu sehen bekamen. Es handelt sich zum Teil um Schieber, zum Teil um bolschewistische Elemente. Hörling hat die Säuberungsaktion damit begonnen, daß er 20 von diesen Leuten, vornehmlich Russen, durch die Schupolizei festnehmen und nach dem Sammellager in Quedlinburg bringen ließ. Die Angelegenheit wird voraussichtlich auch für die Gemeindeverwaltung in Bapitz ein Nachspiel haben, da es der Gemeinde bekannt war, daß die Leute sich nur zum Schein angemeldet hatten und die Gemeinde ihnen so ungerechtfertigterweise Prostataren ausstellt.

■: Der preußische Ministerpräsident Stegerwald hat am Dienstag formell sein neues Amt übernommen. Er entwickelt hierbei vor den verfammelten Beamten noch einmal kurz sein Programm, das bei Ausschaltung aller parteipolitischen Kämpfe darauf hinausgeht, den außenpolitischen Gefahren und der wirtschaftlichen Not unserer Tage möglichst ein zum eisernen und fiedlichen Ausbau entschlossenes Volk entgegenzustellen. Eine seiner Hauptaufgaben werde er ferner darin erblicken, an der Heranbildung von Rüstungen zu arbeiten, die es auch denen ermöglichen können, sich in dem neuen Staatswesen wohl zu fühlen, die heute noch unzufrieden arbeiten werden.

■: Die deutschen Angebote für den Wiederaufbau. Bei der Ministerdelegierung in Hythe war auch die Rede von dem Angebot der deutschen Regierung zur Mitwirkung beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Nach den Berichten der französischen Presse hat Lloyd George erklärt, daß Deutschland bisher keinerlei Materialien für den Wiederaufbau geliefert habe.

Die „Kölner Zeitung“ bemerkte dazu: Demgegenüber muß auf Grund amtlicher Mitteilungen festgestellt werden, daß dem Wiederaufbauausschuß für die Re-



Für August den Starken

Vorverkauf Markt 82, I.
Loge, Balkon, I. Platz numeriert.

Jugendverein „Einigkeit“ Dippoldiswalde.

Sonnabend, den 30. April 1921

öffentliche Grünzähne.

Einzug 7 Uhr.

Sie sind herzlich willkommen.

Der Tanzkurs

Turnverein Reichstädt.

Sonnabend den 30. da. Mts.

öffentliche Konzert
mit anschließendem Ball.

Einzug 8 Uhr. Eintritt 2,50 M. Einzug 8 Uhr.
Der Rehnerzug ist für die Gerätefeier bestimmt.
einem recht zahlreichen Besuch nicht freundlich entgeg n b. Z.

Frieda Stecher

Dentistin

Schmiedeberg

bringt ihre langjährige

Zahnpraxis

in empfehlende Erinnerung.

Plombieren u. Zahnzehen in örtlich. Betäubung.
Reparaturen und Umarbeitungen schlecht-
sitzender Gebisse in kurzer Zeit.
Gebisse in Gold und Kautschuk mit Porzellans-
fleischzähnen.

Solide Arbeit / Bescheiden Preise.

**Kauabn-Anzüge,
Stoff- und Arbeitshosen,
Arbeitswesten, blaue Jacken**

empfiehlt preiswert

Otto Hähnel, Reichstädt.

Jüngeres, 6-8 jähriges, starkes vollständig gesundes und
starkes, frommes

Pferd

mit guten Edingen, zugeritten, aus Privathand
zu kaufen gesucht.

Angebote unter Chiffre „S. C. 8“ an die Geschäftsstelle erbeten.

Billige Heringe,

1 Pfund 1 Mark,

ff. Büdlinige

empfiehlt

Schlechter's Fischhandlung.

Turnverein „Jahn“.

Freitag nach der Turnstunde
Kneipabend
im „Amphit“. Im „Amphit“.

Geflügelzüchter-Verein.

Freitag den 29. April
abends 8 Uhr

Versammlung

im Saal zum roten Hirsch
Buchpreise bestellen, daher zahl.
reiche Erstehen erwünscht
Der Vorstand.

Spreu
zum Gittern und Streuen gibt ab
Herger,
Dippoldiswalde.

ff. Hammelfleisch
empfiehlt
Arthur Buttler,
Metzgermeister.

Zunge, neumelle

Biege
zu kaufen gelacht. Werte Offert.
mit Preisangabe auf „M. R. 30“
an die Geschäftsstelle erbeten.

Gefunden
dwarze Schlinge am Postenberg.
Abzuholen bei Ell.

„Roter Hirsch“

Seite Freitag

großes Schlachtfest

vom früh 10 Uhr an Fleisch, abends Bratwurst und Kraut
und die beliebten Schlachtfüllchen in bekannter Güte.
Hierzu lobt ergeben ein

Natas Herzig.

Haus Seeblick

Freitag, 29. April

[von abends 6 Uhr ab]

**Münchner
Schlachtschüssel.**

**Bauverein
für Schmiedeberg und Umgegend**

1. G. m. b. H.

Schmiedeberg, Bez. Dresden.

Bilanz-Konto.

Bilanz am 31. Dezember 1920.

Gewinn- und Verlust:

Unbediente Grundstücke	IR. 20 000.—
Miethäuser	IR. 672 000.—
Einführungsgeschenke	IR. 1.—
Mietforderungen	IR. 850.—
Rätsendienst	IR. 1 182,49
Verlust	IR. 41 952,40
	IR. 735 995,89

Verbindlichkeiten:

Geschäftsguthaben der Mitglieder	IR. 90 849,77
Hypotheken Schulden	IR. 572 884,85
Sonstige Schulden	IR. 72 261,27

IR. 735 995,89

Gewinn- und Verlust-Rechnung

für das Geschäftsjahr 1920.

Geld:

Zinsen	IR. 22 875,32
Abdrückungen	IR. 7 000.—
Hausbetriebsosten	IR. 49 568,03

IR. 7 443,35

Gaben:

Mieteinnahmen	IR. 37 490,95
Verlust	IR. 41 952,40

IR. 79 443,35

Der entstandene Verlust von IR. 41 952,40 wird von der

Mühlenbauanstalt und Maschinenfabrik vorm. Gebrüder Erd in
Dresden gedeckt.

Die Übersichtsummierung vorliegender Bilanz, sowie des Gewinn-
und Verlustkontos mit den ordnungsgemäß geführten Büchern der

Genossenschaft bestätigen wir hiermit.

Schmiedeberg, den 18. April 1921.

R. Müller, H. Armpolt, G. Lößig.

Mitglieder-Bewegung.

Zahl der Mitglieder zu Beginn und am Ende des Geschäftsjahres

1920: 32 mit 457 Anteilen.

Die Geschäftsguthaben und die Haftsummen der Mitglieder
haben sich im Laufe des Geschäftsjahres 1920 nicht verändert.

Geschäftsguthaben der Mitglieder am Schlusse des Geschäftsjahres

1920: IR. 90 849,77.

Haftsummen der Mitglieder am Schlusse des Geschäftsjahres 1920:

IR. 91 40,—

Der Vorstand:

Schäffer, Ulmann, Jäger, Blätterlein, Althöhe.

**Hermsdorfer Weißkalk
Düngekalk**

Richard Pätzsch.

Rheinweinflaschen

kauf

Weinhandlung Richard Niewand,
am Markt.

Gut die uns bei dem Verlust unserer lieben Mutter,
Schwester, Groß- und Schwiegermutter

Auguste verm. Schmidt,

geb. Böhme.

erwiesene Teilnahme und die vielen Blumensträuße,
sowie das freiwillige Tragen zur letzten Ruhestätte
lagen wie hierdurch unsern herzlichsten Dank.

El. Höhendorf, den 23. April 1921.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Der Tag unserer

Silber-Hochzeit

gestaltete sich durch die in so mannigfach
schöner Weise von hochgeschätzten Göntern,
werten Korporationen, lieben Kollegen, Freunden
und Mitbürgern uns erwiesene Anteilnahme
zu einem unvergesslichen Festtag.

Für all diese Ehrungen sowie Zeichen der
Liebe, Freundschaft u. Anhänglichkeit sprechen
wir aus freudig bewegtem Herzen hierdurch
unseren Innigsten, aufrichtigsten Dank aus.

[Dippoldiswalde, am 28. April 1921.]

Stadtkausierer Schubert
und Frau Margaretha, geb. Hornickel.

**ff. Hammelfleisch
morgen frische Wurst.**

Hugo Hickmann.

Plötzlich und unerwartet verschied nach einem
arbeitsreichen und unermüdlichen Leben unsere liebe
Mutter, Schwieger- und Großmutter, Frau

Amalie verm. Eichler,

geb. Steinigen,

im Alter von 76 Jahren.

Schmerzerfüllt gelten dies nur hierdurch an:
Dippoldiswalde, Oberholz und Somsdorf,
den 27. April 1921.

Familie Röhringer, Börner und Eichler.

Die Beerdigung findet Sonnabend 3 Uhr statt.

Gern von der Heimat verschied unser lieber
Turnbruder

Paul Heymann.

Ein treues Andenken werden wir ihm jederzeit
bewahren.

Turnverein Reichstädt.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe meiner heiß-
geliebten, treusorgenden Gattin, unserer guten
Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Emilie Pauline Hegewald

geb. Bellmann

ist es mir Herzensbedürfnis, allen Korporationen, Vereinen, lieben Freunden und Verwandten für die überaus zahlreichen Belege der Liebe und Teilnahme und für die große Ehrung der teuren Entschärfen durch Wort, Schrift, Gesang und Blumen;
schmuck, durch freiwilliges Tragen und ehrend-s Geleit zu ihrer letzten Ruhestätte
nur hierdurch meinen herzlichsten Dank auszusprechen, da es mir nicht möglich ist,
jedem einzelnen zu danken.

Du aber, teure Entschärfene, die du nun
vereint bist mit unsrem einzigen Kind,
habe Dank für alle Liebe und Treue, welche
du mir jederzeit erwiesen.

Ruhe sanft von deinem Leid und Schmerz.
Auf Wiedersehn in einer besseren Welt

Seifersdorf, am Begräbnistage

Der tieftrauernd schwergeschaffte Gatte
Hermann Hegewald.

Beilage zur Weißeritz-Zeitung

Nr. 99

Freitag den 29. April 1921

87. Jahrgang

Politische Rundschau.

■ Eine deutsche Note über die „Kriegsbefürdigungen“-Prozesse. Die deutsche Regierung wendet sich in einer Note vom 21. April an den Votschaftsrat gegen die von der Entente erhobenen Vorwürfe wegen der Verzögerung der Kriegsbeschuldigungsprozesse. In dieser Note weist die deutsche Regierung darauf hin, daß die Regierungen von Italien, Rumänien und Serbien das für die Prozesse unbedingt erforderliche Belastungsmaterial gegen die Angeklagten überhaupt noch nicht, die Regierungen von Frankreich und England erst zum Teil oder in unbrauchbarer Form der deutschen Anklagebehörde über sanden haben. Außerdem werden die Arbeiten durch die Tatsache, daß eine große Anzahl der Fälle bereits mehrere Jahre zurückliegen, außerordentlich erschwert. Auch ist die deutsche Regierung in der Lage nachzuweisen, daß z. B. die französische Regierung noch immer nicht einer deutschen Einregung, die rein technischen Fragen der Prozeßführung gemeinsam zu besprechen, stattgegeben hat. Mit Recht wendet sich daher die deutsche Regierung gegen die ungeheuerliche Behauptung des englischen Generalanwalts, daß in der Kriegsbeschuldigungsfrage ein säumiges Verhalten der deutschen Regierung vorliege und daß die in London beschlossenen Gewahrsamnahmen zu einem nicht geringen Teile auf das Verhalten Deutschlands in diesem Punkte zurückzuführen seien.

■ Das Schicksal Oberschlesiens. Koranth erklärte einem in Warschau weilenden Mitarbeiter der „Chicago Tribune“, die Alliiertenkommission in Oppeln werde ihren Bericht für den Votschaftsrat nicht Ende April fertiggestellt haben. Außerdem wisse man noch nicht, ob die Kommission einen einheitlichen Bericht erstatten oder zwei oder drei getrennte Berichte vorlegen werde. Der General Le Mond sei für die Grenzlinie, die mit der von Koranth vorgeschlagenen Linie zusammenfasse und für Polen das gesamte Industrie- und Landwirtschaftliche Gebiet östlich der Oder einschließlich einer Linie, die sich nordwestlich unterhalb Oppeln und Rosenberg hinzieht, umfasse. Der britische Kommissar werde jedoch wahrscheinlich die Linie vorschlagen, nach der Polen nur die Bezirke von Pleß und Lubnitz mit einem schmalen Streifen des Industriegebietes an der polnischen Grenze erhalten soll.

■ Wie man die Pole behandeln muß. Bei der Grenzregulierung im Kreise Rosenberg (Ostpreußen) waren einige Gehöfte an Deutschland gefallen, deren Übergabe in Verbindung mit dem Gebietsaustausch für den 20. April vorgesehen war. Obwohl der Landratsamtsverwalter des Kreises Rosenberg zur Vermeidung etwaiger Schwierigkeiten mit einem polnischen Starosten ein Vertrauensabkommen verabredet hatte, um jeden unangenehmen Zwischenfall zu vermeiden, brachen in der Nacht vom 19. zum 20. angebliche Beauftragte eines anderen Starosten in die an Deutschland abzugebenden Wirtschaften ein und erpreisten unter dem Vorwand der Steuereintreibung Geld, Bier und allerlei Gegenstände im Gesamtwert von 1,3 Millionen polnischer Mark. Als Geheimrat wurde auf Anordnung des Landratsamtsverwalters in Rosenberg noch in den letzten Minuten vor der Räumung der an Polen abzutretenden Gehöfte auch von dort alles Bier auf deutscher Seite abgeführt. Dieses energische Vorgehen blieb nicht ohne Wirkung. Von polnischer Seite wurde der Wunsch ausgesprochen, die Sache gütlich beigelegt, so daß am 21. April in Konradswalde ein entsprechendes Abkommen getroffen und gegenseitige Rückgabe Zug um Zug sofort eingeleitet werden konnte. Die feierliche Übernahme der befreiten Gebiete fand am 20. April unter einer außerordentlich starken Teilnahme der Bevölkerung durch den Landrat statt. Die Übernahme gestaltete sich zu einer herzlichen Kundgebung für das Deutschtum.

■ Die Standarte des Reichspräsidenten. Der Reichspräsident hat jetzt, wie gemeldet wird, über die deutschen Flaggen auf Vorschlag der Reichsregierung folgende Bestimmungen getroffen: Eine besondere Standarte erhält der Reichspräsident. Sie besteht in einem rotgeränderten, goldgelben Rechteck, in dem sich der schwedende Reichsadler befindet. Die schwarz-rot-goldene Nationalflagge liegt der Flagge des Reichsministers zugrunde, die indessen ein Eiserne Kreuz aufweist. Die Nationalflagge bildet auch die Grundlage der Reichspositsflagge mit einem goldgelben Posthorn und der Dienstflagge der übrigen Reichsbehörden zu Lande mit dem Reichsschild. Der schwarz-weiß-roten Handelsflagge mit dem schwarz-rot-goldenen Oberredt entspricht die Reichskriegsflagge mit dem Eisernen Kreuze. Die Dienstflagge der übrigen Reichsbehörden zur See ist ebenfalls die Handelsflagge mit dem Reichsschild. Die übrigen Reichsbehörden führen die Reichsdienstflaggen zu Lande und zur See. Reichsdienstgebäude können mit der Nationalflagge oder mit der Reichsdienstflagge besetzt werden.

■ Der deutsch-russische Gefangenenaustausch. Am 27. April wird der Dampfer „Wigbert“ Hamburg verlassen, um die in Kasaulasien befindlichen Kriegsgefangenen abzuholen. Unter diesen befinden sich sowohl Reichsdeutsche, wie auch Angehörige der ehemals österreichisch-ungarischen Monarchie. Von der deutschen Flüchtlingsstelle in Moskau wurde ein Vertreter nach Noworossijsk am Schwarzen Meer entsandt, um dort die Vorbereitungen für den Abtransport der Heimkehrer zu treffen. — Die Ratifizierung des russisch-polnischen Friedens gibt der deutschen Regierung nunmehr die Möglichkeit, auch mit dem Abtransport der in Deutschland befindlichen rund 45 000 Polgardeien zu beginnen. Deutscherseits werden alle

erforderlichen Maßnahmen getroffen, um die Heimsendung der internierten Russen möglichst beschleunigt durchzuführen.

■ Die Bestimmungen über den Steuerabzug werden, so teilt das Reichsfinanzministerium mit, von den Arbeitgebern vor allen Dingen bei Hausangehörigen zum Teil gar nicht, zum Teil sehr mangelschaft befolgt. Die nachstehenden vom 1. April ab gültigen Vorschriften über den Steuerabzug sind daher zu beachten: Jeder Arbeitgeber hat dem ständig von ihm beschäftigten Arbeitnehmer bei jeder Lohnzahlung 10 vom Hundert des Betrages einzubehalten, um den der auszuzahlende Arbeitslohn a) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Tagen 4 Mark für den Tag, b) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Wochen 24 Mark für die Woche, c) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Monaten 100 Mark für den Monat übersteigt. Der gleiche Betrag ist abzugsfrei zu belassen für die zur Haushaltung zählende Chefrau des Arbeitnehmers. Der dem Steuerabzug nicht unterworfenen Teil des Arbeitslohnes erhält sich für jedes zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende minderjährige Kind a) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Tagen um 6 Mark für den Tag, b) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Wochen um 36 Mark für die Woche, c) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Monaten um 150 Mark für den Monat. Bei nicht genügender Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen durch den Arbeitgeber (Hausherrn) finden die vorgeschriebenen Strafbestimmungen Anwendung, wonach selbst beim Vorliegen mildernder Umstände auf eine Geldstrafe bis zu 20 000 Mark erkannt werden kann.

■ Das 50-jährige Jubiläum der Zentrumspartition. Am Sonntag nachmittag beging die Reichstagsfraktion des Zentrums die Feier ihres 50-jährigen Bestehens im Plenarsaal des Reichstages. Die Abgeordneten mit ihren Damen und einer Reihe von Mitgliedern des Landtages waren erschienen. Auf der Ministerbank hatten der Reichsanstalt, sowie die Reichsminister Giesberts und Wirth Platz genommen. In der Festrede gab der Vorsitzende Dr. Trimborn einen historischen Überblick über die Entwicklung der Partei. Nach dem Festakt fand ein gemütliches Abendessen in der Wandhalle des Reichstages statt.

■ Die Universität Halle ernannte fräulein Elsa Braun zum Ehrenmitglied in Stockholm, die sich große Verdienste um die deutschen Kriegsgefangenen im Ausland erworben hatte, zum Ehrenmitglied.

■ Die zweite (Gesetz) sozialistische Internationale hat einen Aufruf erlassen, in dem sie alle Genossen auffordert, die Feier des 1. Mai zu einer gewaltigen Demonstration für die Solidarität der Arbeiterschaft werden zu lassen. An alle Arbeiter ergebe der Aufruf zur Eroberung der politischen Macht.

■ Reichstagsabgeordneter Hermann Bullé, der frühere Chefredakteur der „Deutschen Zeitung“, wird, wie gemeldet wird, vom 1. Mai ab in Berlin eine neue nationale Tageszeitung, „Das Deutsche Tageblatt“, herausgeben.

■ Die 50 prozentige Einfuhrzölle im Saargebiet. Das Generalsekretariat der Regierungskommission für das Saargebiet ist ermächtigt, amtlich mitzuteilen, daß die Erhebung der 50 prozentigen Einfuhrzölle, wie sie das neue französische Gesetz vorsieht, nur bei den deutschen Waren, die nach Frankreich zum Verkauf kommen, erfolge. In Anbetracht der besonderen Lage des Saargebietes, die der Friedensvertrag geschaffen hat, sei klar, daß Waren aus dem Saargebiet dieser Abgabe nicht unterworfen seien.

■ Verhandlungen über die Sondergerichte. Kurzzeitig verhandelt in Berlin eine Arbeiterdéputation aus Mitteldeutschland, bestehend aus Vertretern der S. P. D., der U. S. P. und der Gewerkschaften mit dem Reichspräsidenten. Die Delegation will die Vermittlung des Staates zwischen der Großindustrie und der Arbeiterschaft anrufen, nachdem die Forderungen der Gewerkschaften, die Werke möchten einen Teil der vielen Tausende von brotlosen Arbeitern wieder aufnehmen, von der Industrie abgelehnt worden sind. Außerdem wurde die Frage der Aufhebung der Verordnung über die Sondergerichte erörtert. Der Reichspräsident erklärte, daß er eine Aufhebung der Sondergerichte für unmöglich hält, teilte aber gleichzeitig mit, daß man zurzeit mit der Untersuchung der geäußerten Bedenken und Vorwürfe beschäftigt sei.

■ Die deutsche Mittelstandspartei hält Anfang der Woche ihren ersten Parteitag in Breslau ab. Das Programm der Partei, das in Form einer programmativen Entschließung vom Parteitag beschlossen wurde, hat folgende Grundzüge: Die Partei steht auf nationalem Boden und tritt ein in Kulturfragen für Freiheit der Religion und deren Ausübung, für Schutz der Religionsgemeinschaften, Gewissensfreiheit, neuzeitlichen Ausbau der Schule, Freiheit des Unterrichts unter striktester Wahrung der Elternrechte, Aufhebung des staatlichen Schulmonopols, Pflege der Volksbildung; in wirtschaftlicher Beziehung für Entpolitisierung der Wirtschaft, berufständische Vertretung in den gesetzgebenden Körpern, freie Wirtschaft, Aufhebung des Rätgegesetzes, Kampf gegen Kommunalisierung oder Sozialisierung, für Schutz des Eigentums, höhere Arbeitsleistung, Aufhebung der Raangewirtschaft im Wohnungsgewerbe, gefundene Wohnungsbau und Bekämpfung des Bodenwuchers, Förderung der privaten Bauertätigkeit, weitgefächerte soziale Fürsorge. — Nach dem erstatteten Bericht zählt die Partei 40 000 Mitglieder in 38 Ortsgruppen. Bei der Vorstandswahl wurde Abg. Drewey. Charlottenburg zum Vorsitzenden gewählt.

■ Das Verfahren gegen Gräbberger. In den nächsten Tagen wird sich das Reichsgericht mit dem Antrag

auf Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Gräbberger wegen Zuüberhandnahmen gegen das Einkommensteuergefecht zu beschäftigen haben. Die Beratungen des Geschäftsausschusses über diesen Punkt sind abgeschlossen. Der Ausschuß beschloß, die nachgeführte Genehmigung zu erteilen. Abg. Gräbberger hatte selbst darum gebeten, das Plenum wird späterlich dem Beschluss des Ausschusses entsprechen.

Das Verfahren gegen den böhmisches Landtagsabgeordneten Sandorfer (Bbd.), der im Verdacht stand, den Staatsfiskus um über 900 000 Mark betrogen zu haben, ist vom Münchener Landgericht eingestellt worden.

■ Neue kommunistische Umtreibe? Allerlei Anzeichen scheinen darauf hinzudeuten, daß die Kommunisten sich mit ihrem Misserfolg im März nicht zufrieden zu geben denken. Nach den Meldungen eines mitteldeutschen Blattes sollen die Kommunisten im Westerburger Kreis eine neue Putschagitation eingeleitet haben. Die bis jetzt bei den Regierungstellen eingegangenen Nachrichten mahnen allerdings zu einer gewissen Vorsicht. Insgegessen wird die Schupolizei in den gefährdeten Gegenden zunächst in ihrer jetzigen Stärke verbleiben und insbesondere behält das Revierwerk seine Belegschaft. Eine weitere Meldung von einem bei Gangerhausen beschlagnahmten geheimnisvollen Waffentransport, der von rechtsstehender Seite der Orgesch in die Schule geschoben wurde, läßt sich dahin auf, daß es sich um einen harmlosen Transport für die Reichswehr gehandelt hat. — In Berlin wurde der Vorsitzende des Aktionsausschusses der A. P. D. Ernst Friesland, mit richtigem Namen Ernst Reuter, verhaftet.

Der Beginn der neuen Londoner Konferenz.

Bu der interalliierten Konferenz, die am Sonnabend in London beginnt, wird Orland am Freitag morgen und Doumer am Freitag abend nach London abreisen. Orland erklärte, daß die neue Konferenz von kurzer Dauer sein wird. Dreißig vier Tage würden genügen. Man muß jedoch beachten, daß die Konferenz an einem Sonnabend beginnt und daß Lloyd George den Sonntag wahrscheinlich in Châlons verbringen wird. Es ist möglich, daß die Konferenz sich mit der Orientfrage und mit Oberösterreich beschäftigt wird. Die Entscheidung der Konferenz wird daher nicht vor Donnerstag, den 5. Mai zu erwarten sein. Eine Berufung deutscher Delegierter ist nicht ins Auge gefaßt. Die Alliierten haben wenigstens bis jetzt die Absicht, der Reparationskommission die Rechte zu belassen, die der Vertrag ihr eingeräumt hat.

Sperren des gesamten Güterverkehrs im besetzten Gebiet.

Die Düsseldorfer Güterabfertigung hat von der Mainzer Eisenbahndirektion die Weisung erhalten, daß der gesamte Güterverkehr für alle Stationen im besetzten Gebiet und auch für die Grenzbahnhöfe gesperrt ist. Dadurch wird die zunehmende Stauung im Düsseldorfer Bezirk immer bedrohlicher.

Rundschau im Auslande.

Bei den Wahlen zum niederösterreichischen Landtag wurden 32 (bisher 26) Christlich-Soziale, 22 (20) Sozialdemokraten und 6 (6) Große Deutsche gewählt.

Die Konferenz zwischen den englischen Bergarbeitern, den Bergwerksunternehmern und der Regierung ist Montag zusammengetreten und hat über den Bericht der Bergwerksunternehmer beraten. Die Konferenz wurde alsdann auf Dienstag verlegt.

■ Zwischen Deutschland und der ukrainischen Sowjetrepublik wurde ein Sonderabkommen über den Austausch der beiderseitigen Kriegs- und Zivilgefangenen abgeschlossen.

■ Deutsch-Oesterreich: Die Tiroler Abstimmung.

■ Anlässlich des erfreulichen Ergebnisses der Tiroler Abstimmung sind in Innsbruck zahlreiche Glückwunschkarten aus Deutschland eingetroffen, unter anderem eins vom Deutschen Reichstag. Wegen der Bozener Zwischenfälle kam es in Innsbruck zu erregten Demonstrationen vor dem italienischen Konsul. Die italienische Regierung hat scharfes Vorgehen gegen die schuldigen Hassläden versprochen. Nach dem endgültigen Abstimmungsergebnis haben sich 98,6 Prozent der abgegebenen Stimmen für den Anschluß an Deutschland erklärt.

England: Gewaltige Staatseinnahmen.

Chamberlain legte sein neues Budget dem Unterhause vor. Er bemerkte dabei, daß das vergangene Finanzjahr einzigartig in der Finanzgeschichte gewesen sei. Alle Einnahmen aus dem britischen Reich haben eine gewaltige Zunahme eingebrochen, so daß es möglich war, die großen ausländischen Schulden des Reiches bedeutend zu vermindern und gleichfalls die Hälfte der anglo-französischen Anleihen in Amerika zurückzuzahlen.

Tauschmais.

Bon der Bezugvereinigung der deutschen Landwirte, G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Str. 30, erhalten wir folgende beachtliche Mitteilung:

Im Interesse der empfangsberechtigten Landwirte weisen wir ausdrücklich darauf hin, daß die für die uns zugegangenen Bezugsscheine benötigten Maismengen zur Verfügung stehen. Es befindet sich auf Lager bzw. auf dem Transport eine größere Menge von Mais, als auf diese Bezugsscheine zu liefern ist.

Die in großem Umfang vorgenommene Verbilligungsaktion hat die Maisinlandspreise z. St. so gesenkt, daß ein Abstand der Maisinlandspreise gegen die Weltmarktpreise besteht. Die Bereitstellung ausreichender Mengen billiger Buttermittel soll dem Anbieter des

Besserung der Ernährung des deutschen Volkes und der Erleichterung des Futter- und Fleischmarktes dienen. Die empfangsberechtigten Landwirte sollten — zumal angesichts des seither erfolgten Rückgangs der Maisinlandspreise — von einer Verdauung der Bezugsscheine im eigenen Interesse absehen, soweit sie für den Mais im eigenen Wirtschaftsbetriebe Verwendung haben.

Sobald ein erheblicher Teil der Maismengen, die auf die Bezugsscheine zu liefern sind, in den Verbrauch übergegangen sein wird, muß sich eine Steigerung der Maisinlandspreise und eine Annahme an die Maiswestmarktpreise vollziehen. Diejenigen Landwirte, welche ihre Bezugsscheine verdauert haben, werden dann gezwungen sein, als Ertrag ausländische Futtermittel unter erheblichen Geldopfern zu beschaffen. Keinesfalls dürfen sich die bezugsberechtigten Landwirte dadurch, daß von interessierter Seite behauptet wird, sie hätten möglicherweise längere Zeit auf den Empfang von Mais zu warten, dazu bewegen lassen, ihre Bezugsscheine zu verdauen. Durch das ansangs Gesagte werden diese Befürchtungen widerlegt.

Hat der Landwirt in seinem Hause Verdauung für den Mais in der eigenen Wirtschaft, so sollte er sich im eigenen Interesse bei der Verdauung des Bezugsscheines nicht an die nur vorübergehende Gestaltung der Preise im Inlande, sondern an die Maiswestmarktpreise anlehnen. Diese findet er in den Zeitungen des Handels oder der landwirtschaftlichen Organisationen fortlaufend aufgeführt.

Das vorstehend Gesagte gilt sinngemäß in vollem Umfang auch für die Bezugsscheine für Maisfuttermehl.

Aus Stadt und Land.

Die Kommunisten wählen weiter. Die tschechische Polizei ist es Sonntag nach gelungen, die Zentrale einer neuen kommunistischen Organisation auszuhören. Die Behörden wußten, daß seit etwa 14 Tagen in Halle wieder ein Quartier bestand, von dem aus die Heze unter den Arbeitern betrieben wurde. Der Leiter, ein gewisser Evert aus Berlin, wurde bei einer geheimen Sitzung mit anderen Kommunisten überrascht und verhaftet. Ferner beschlagnahmte die Polizei einen großen Reiselloft mit wertvollem Altenmaterial. Evert hatte den Auftrag, nachdem der Märzputsh in Mitteldeutschland nicht richtig gestoppt hatte, neue kommunistische Aktionsmaßnahmen in Mitteldeutschland einzuleiten. Zahlreiche Kundschreiben, Namen von neuen Vertrauensleuten und geographische Karten wurden vorgefundene. Auch eine Einteilung Mitteldeutschlands in neue Bezirke sollte vorgenommen werden. Everts Tätigkeit steht im Zusammenhang mit der ganzen Neubildung der Kommunisten auf Grund der Herbstlitterungsbewegung innerhalb dieser Partei und geht von extremster kommunistischer Seite aus. Auch aus anderen Meldungen geht hervor, daß die Kommunisten trotz des Niedlings des Märzputshes wieder zu wählen beginnen.

Großenerfolg im Verpflegungsmagazin. In Schlesien (Deutsch-Oesterreich) brach im ehemaligen Verpflegungsmagazin, wo sich gegenwärtig große Mehrlöcher befinden, Feuer aus, dem bei dem herrschenden Winde nicht Einhalt geboten werden konnte. Der angerichtete Schaden beläuft sich auf Millionen.

Schneefall auch in Spanien. Nach einer Rundmeldung aus Madrid ist in ganz Spanien seit einigen Tagen ein starker Temperaturkurst eingetreten. Im Nordosten ist reichlich Schnee gefallen. Infolge des Frostes ist die Getreide-, Obst- und Traubenernte gefährdet.

Grubenunglüc bei Waldenburg. Zu dem Grubenunglüc auf dem Blechhütchen Steinkohlenbergwerk „Sophie“ bei Lehmwasser, durch das elf Bergleute ums Leben kamen, wird noch gemeldet: Nach den amtlichen Ermittlungen ist der Kohlenjäger-Ausbruch im Anschluß an das Abtun eines Sprengschusses erfolgt. Entgegen den bestehenden bergbehördlichen Vorschriften war die Belegschaft des Schiehtes und der benachbarten Betriebspunkte nicht weit genug zurückgezogen worden. Da Kohlenfäure-ausbrüche auf der Sophiengrube schon früher wiederholt stattgefunden haben, waren von der Bergbehörde besondere Sicherheitsmaßnahmen durchgeführt worden. Aus welchen Gründen diesen Vorschriften nicht entsprochen war, wird sich erst durch die weitere Untersuchung feststellen lassen.

Einen originellen Poststempel verwendet jetzt das Bad Wörishofen zu Werbezwecken ähnlich der Jahrhunderfeier von Pfarrer Kneipps Geburtstag mit ausdrücklicher Genehmigung durch die Postbehörde. Die Umschrift des Doppelkreisstempels lautet im äußeren Kreis: „Hundertjahrfeier Kneipp's im Bad Wörishofen, 15., 16., 17. Mai 1921.“ Im zweiten inneren Kreis steht oben „Bad Wörishofen“.

Den eigenen Sohn erschossen. Als Sonntag der Gastwirt Schleching in Sommerda mit seinem 22 Jahre alten Sohne vom Felde heimkehrte, gerieten beide in einen Wortwechsel. Dabei griff Schleching zum Revolver und erschoss seinen Sohn. Schleching wurde in das Erfurter Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Das Hauptquartier einer Bahnräuberbande bildete das Dorf Klein-Auheim bei Hanau. Dort verhafteten Beamte der Hanauer Kriminalpolizei eine zwölftöpfige Eisenbahnräuberbande, die seit einem Jahr Güterzüge zwischen Hanau-Alsfaffenburg und Hanau-Eberbach nächtlicherweise systematisch überfällt hatte. Der Wert der geraubten Sachen beläuft sich auf mehrere Millionen Mark. Bei Haushaltungen im Dorfe Klein-Auheim wurden ganze Wagenaufzüge von gestohlenen Eisenbahngütern aufgezogen.

Eine bedeutsame Erfindung? Einem Erfinder ist es, wie dem „Bochumer Anzeiger“ von einem Director eines Werkes mitgeteilt wird, gelungen, einen Apparat zu konstruieren, der mittels dessen er alle Ersatzstoffe, sogar Benzin und Benzol in Tans

auf einen Unfalls von 150 Kilometer drahtlos zur Explosion bringen kann.

Ein schweres Automobilunglück ereignete sich am Sonntag in einem Walde bei Herzog (im Allgäu). Das Automobil überschlug sich vollständig. Die Insassen wurden tödlich getötet. Sie befanden sich auf der Rückreise von Italien nach der Heimat. Die Getöteten sind der Brauereibesitzer Bremmer und der Kaufmann Mann aus Barnim sowie der Kaufmann Erich aus Worms.

Eine Kirche niedergebrannt. Wie „National Tidende“ aus Göteborg erfährt, brannte die Kirche in Örebro am Sonntag bis auf den Grund nieder. Kurz vorher bemerkte man ein starkes Erdbeben, durch das, wie angenommen wird, das Kaminfeuer sich verbreitet hat. Es gelang, die Kirchendomäne und die Kirchenglocke zu retten.

Selbstmord einer Sterbenden. Einen wohl einzig dastehenden Fall meldet das „B. T.“ aus dem niederösterreichischen Ort Lainz. In dem dortigen Altersheim verübte der fünfundsechzigjährige Pfleger Josef Michael Selbstmord, indem er sich ein langes Messer ins Herz stieß. Michael war schwer krank und er beging die verzweiflungsvolle Tat, obwohl er sich im sterbenden Zustande befand.

Ein Ente Clemenceau im Gefängnis. Ein Pariser Gericht verurteilte Fred George Galineau, einen Ente Clemenceau, zu zwei Jahren Gefängnis und 50 000 Franc Geldstrafe wegen Beträgerei. Clemenceau äußerte zu den Spieghlberichten seines Ente: „Mein Ente ist mir vollkommen gleichgültig. Stecken Sie ihn nur ein; er verdient es.“

Ausgefundene Schäfe der Bärenfamilie. Ein aus östlicher Gefangenenschaft heimgekehrter Soldat wollte einem Juwelier in Groß-Kanizla (Ungarn) Juwelen von enormem Wert verkaufen. Die davon beauftragte Polizei beschlagnahmte eine mit hellblauer Schrift verfasste prachtvolle Uhr und mehrere andere Juwelen von überaus grohem Wert und stellte fest, daß der Soldat sie bei einem Sieg über gegenrevolutionäre Truppen erbeutet hatte, die die Schäfe der Bärenfamilie in Sicherheit bringen wollten. Alle Stücke zeigen das Monogramm III A, worauf man auf Alexander den Dritten schließen.

Gerichtssaal.

Zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Dortmund verurteilte den 21-jährigen Dienstleichter Nikolaus Wagner wegen Mordes zweimal zum Tode. Wagner hatte am 25. Januar 1918 auf Anklage eines Bergmannes die Landwirtschaftsleute Richmann im Walde bei Dortmund mit einer Art erschlagen und ihres Bargeldes beraubt.

Volkswirtschaftliches.

Erschließung von Erdölquellen am Tegernsee. Die demokratische Fraktion des bayerischen Landtags hat an die Regierung folgende Anfrage gerichtet: „Am westlichen Ufer des Tegernsees sind erfolgreiche Bohrungen nach Erdöl in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts und noch im Jahre 1897 ange stellt worden. Eine dieser Bohrungen wird noch heute durch Handbetrieb gepumpt. Es hat sich nun ein Unternehmen bereit gefunden, außerordentlich große Mittel für kostspielige Bohrungen bereitzustellen, an die der Staat heranzutreten sich kaum jemals entschließen dürfte. Dieses Unternehmen kann aber natürlich nur dann zur Durchführung gebracht werden, wenn ihm von der staatlichen Bergbehörde für das Ausbeutungsrecht seiner Funde bestimmte günstige Bedingungen zugesprochen und für die Bohrungen und den Betrieb keine Auflagen gemacht werden, deren Härten dazu zwingen, den ganzen Plan fallen zu lassen. Ist die Staatsregierung gewillt, in diesem Sinne vorzugehen und dem Unternehmen, das unter Umständen nicht nur für Bayern, sondern für ganz Deutschland, zumindest in der jüngsten wirtschaftlichen Not, von größter Bedeutung werden kann, wirklich gangbare Wege zu öffnen?“

Die Buchhändler gegen die Rechtschreibungsreform. Am Sonntag tagte in Leipzig die Hauptversammlung des Bürosvereins der deutschen Buchhändler und beschäftigte sich mit einer Reihe von buchhändlerischen und allgemein wirtschaftlichen Fragen. In einer Entschließung erhoben die gesamten Vertreter des deutschen Buchhandels entschieden Einspruch gegen die vom Reichsminister des Innern geplante Neuordnung der Rechtschreibung. Der Gedanke, damit die Schulen zu entlasten, sei irrig und trügerisch. Die Neuordnung der Rechtschreibung werde die in der Literatur angelegten ungeheuren Werte entwerten. Der Buchhandel erklärt, daß er seine Mitwirkung an einem solchen Tun versage. — In weiteren Verhandlungen ist darüber eine Einigung erzielt worden, daß demnächst die Zeuerungszuschläge für den größten Teil der Gegenstände des Buchhandels, namentlich für wissenschaftliche Werke, fortfallen können. Damit werden wieder einheitliche, feste Ladenpreise hergestellt, an denen Abbau der Preise ist deswegen doch noch nicht zu denken.

Spiken.

Roman von Paul Liden.

(65 Fortsetzung.)

Am 1. November erhielt Fürst Ulrich aus Berlin die Anklage, die vom Staatsanwalt von Lünenhorst aufgesetzte Anklage gegen ihn zugleich mit der Vorladung, sich am 12. November vor den Berliner Geschworenen zu stellen: „Wegen Meineids“.

Qulntus schrieb ihm, daß eine vorherige nochmalige Befragung zwischen Sr. Durchlaucht und ihm natürlich immerhin erwünscht, aber nicht gerade unerlässlich sei, da er sich zumindesten darin, der Anklage vollkommen gerüstet gegenübertrete.

Der Fürst antwortete, daß er am 10. abends abreise, am 11. abends gegen zehn Uhr in Berlin eintreffen und im Hotel Royal abstiegen werde.

Ulrich war sehr betrübt, als sie beim Frühstück

von Ulrich hörte, daß er gezwungen sei, in den nächsten Tagen eine kleine Reise zu machen, auf die er sie nicht mitnehmen könne.

„Um dich zu zerstreuen, wäre es vielleicht gut, wenn wir Papa und Mama einladen. Sie warten schon lange auf eine Einladung, wie ich glaube, und werden dir gewiß euren Gesellschaft leisten. Wir behalten sie dann gleich bis Weihnachten hier... was meinst du?“

Ulrich nahm den Vorschlag mit dankbarer Freude an, und noch an demselben Tage ging ein gemeinsames Schreiben von Ulrich und Ulrich an den Fürsten und die Fürstin von Gochsheim ab.

Ulrich hatte mit seinen Schwiegereltern über die Berliner Angelegenheit schon mehrere herzliche, vertrauliche Briefe getauscht; diese traf die Einladung also seineswegs unvorbereitet. Am Morgen der Abreise Ulrichs, am 10. November, trafen sie auf Kynstein ein, glücklich, ihre glücklichen Kinder und ihr teilendes Kindeskinder wiederzusehen.

Ulrich nahm im Laufe des Nachmittags erst den Fürsten Engelbert und dann Karola beiseite und bat sie in dringlichster急igkeit, den wahren Zweck seiner Abwesenheit nicht durch eine Aufälligkeit oder Unvorsichtigkeit irgend welcher Art der Flugen Ulrich zu verraten und alles zu vermeiden, was sie irgendwie beunruhigen könnte. Am 12. abends, spätestens am 18. morgens, werde er in einer dringlichen Depesche an den Fürsten das Ergebnis der Verhandlungen vor dem Schwurgericht melden.

„Was habt ihr nur für Heimlichkeiten!“ rief Ulrich mit gelösten Unwillen aus. „Weihnachten ist ja noch lange hin, und die letzten Stunden wollen wir alleamt noch recht gemäßigt miteinander verbringen!“

Ulrich freiehend siebend das weiche, hellblaue, goldschimmernde Haar und sprach ihr freundlich zu. Und als sie seine volle warme Stimme

hörte, beruhigte sie sich auch.

Über der Abschied wurde ihr doch recht schwer. Weshalb aber nur auch ihr Vater und ihre Mutter so ernst aussehen und ihrem Schwiegersohn mit einem so merkwürdigen Ausdruck von Ergriffenheit die Hand zum Abschied drücken, als Ulrich den Fuß auf den Steg des Wagens gesetzt hatte?

Ulrich und Ulrich läuteten sich herzlich. Der Diener schloß die Tür und kletterte auf den Wagen. Ulrich bog sich nochmals aus dem Fenster, und noch ein letzter Kuß! Ihr und den strampelnden Jungen.

„Vorwärts!“ rief der Fürst Engelbert. Ulrich sprang ab. Der Kutscher schnallte, und die Pferde zogen an. Man konnte von der Terrasse aus den Wagen, der auf dem verschlungenen Wege immer wieder zum Bogen kam, noch lange Zeit verfolgen. Dann wehten sie mit den Tüchern und sahen in der Ferne etwas Weißes flattern...

XIII.

Im Einverständnis mit anderen maßgebenden hohen Justizbeamten hatte es der Landgerichtsdirektor Raum, welcher die Schwurgerichtsverhandlungen zu leiten hatte, für überflüssig gehalten, das betrübende Schauspiel, einen hohen Staatsbeamten von fürstlichem Geblüt unter der Anklage eines schweren Verbrechens vor die Schranken des Schwurgerichts gestellt zu sehen, vor einem großen Zuschauerkreise sich abspielen zu lassen, und daher für das Verfahren gegen den Fürsten Ulrich von Engersheim den kleinen Schwurgerichtssaal bestimmt.

Nach Erledigung der üblichen Hörmöglichkeiten, der Aussöhung und Beleidigung der Geschworenen, des Auftrugs der Zeugen, bei dem der Name des Freiherrn Zimmerich von Isenek eine unwillkürliche Bewegung hervorrief, wurde die umfangreiche Anklageschrift verlesen.

Die Anklage bedauerte, daß die Hauptbelastungsgeschworenen, Gräfin Juliane von Isenek, nach dem Gutachten der Sachverständigen in einem nichtvernehmungsfähigen Zustand sich befände, und daß, nach demselben Sachverständigen Gutachten, nicht abzusehen sei, wann und ob überhaupt die Zeugin vernommen werden könne. Indessen seien die Aussagen der anderen Zeugen so bestimmte, daß die Anklage auf die Vernehmung dieser Zeugin verzichten dürfe.

Auf den Ablösbeweis, den der Angeklagte anzu treten versucht habe, sei kein besonderes Gewicht zu legen. Wenn man annimme, daß sich der Angeklagte nur kurze Zeit, vielleicht nur wenige Minuten im Palais aufzuhalten habe — und das sei in der Tat das Wahrscheinliche — so zerfälle der ganze künstliche Ablauf, dessen Kunst sogar als nicht unverdächtig bezeichnet werden darf, in sich.

Nach alledem erscheine der Angeklagte genügend belastet, am 15. April 1880 in der Verhandlung gegen Hotte und Genossen zeugeneidlich eine wissenschaftlich falsche Angabe gemacht und dadurch einen Weinbrand begangen zu haben.

Der Vorsitzende trat nun in die eigentlichen Verhandlungen ein. Der Fürst erhob sich. Diese Stille herrschte im ganzen Raum. Die Feststellung des Herrschaften wurde erledigt.

Auf die Frage: ob sich der Angeklagte der ihm zur Last gelegten Tat schuldig bekannte, erwiderte der Fürst ruhig mit seiner vollen, warmen Stimme: „Nein, Herr Präsident!“

Das Verhör war ziemlich kurz. Der Fürst erklärte, daß er sich in der Nacht des Einbruchs, an die er aus verschiedenen Gründen äußerlicher Art eine inzwischen allerdings etwas verblaute Erinnerung bewahrt habe, vom Baron von Hedderdorf zu Kroll begeben habe. Ob er von der Behrensstraße rechts oder links in die Wilhelmstraße abgebogen sei, wisse er nicht mehr. Ebensoviel vermöge er zu sagen, ob er bis zu Kroll zu Fuß gegangen sei oder unterwegs eine Trossche genommen habe. Über alle diese Einzelheiten könne er keine absolut sichere Angaben machen. Er habe Ihnen keinerlei Bedeutung beigegeben und nie geglaubt, daß er in die Lage kommen könne, darüber rede und Antwort zu stehen.

Das einzige, was ich mit Bestimmtheit weiß, schloß der Fürst, ist, daß ich niemals zu ungewöhnlicher Zeit und heimlich bei Ihrer Exzellenz der Frau Gräfin von Isenek gewesen bin — nicht gewesen sein kann, wie sich das für jeden, der die Ehre hat, die Frau Gräfin zu kennen, von selbst versteht. Alle entgegenliegenden Behauptungen sind irrite und unbegründete. (Fortsetzung folgt.)